

Pressemitteilung der LSV: "Sozialverträgliche Studiengebühren sind ein Widerspruch in sich - Schülervertretung übt vehemente Kritik an den gesetzlich beschlossenen Studiengebühren"

19.05.2006:

Pressemitteilung der Landesschülervertretung Bayern vom 19.5.2006. Mit der freundlichen Bitte um Berücksichtigung.

Am Donnerstag, den 18. Mai 2006 wurde im bayerischen Landtag die Gesetzesnovelle zur Hochschulreform verabschiedet. Demnach müssen alle bayerischen Studentinnen und Studenten ab dem Sommersemester 2007 Studiengebühren in Höhe von bis zu 500 € pro Semester an den Staat zahlen.

"Studiengebühren treiben das auf die Spitze, was schon in unserem Schulsystem anfängt: Es kommt nicht darauf an, was ein junger Mensch leisten kann, sondern auf den Geldbeutel seiner Eltern", beklagt Elena Stingl von der Landesschülervertretung Bayern. "Erst Büchergeld und jetzt auch noch Studiengebühren verstärken nur die soziale Ungerechtigkeit, die ohnehin durch die Auslese nach der vierten Klasse in drei verschiedenwertige Schularten besteht. Die Regierung behauptet, Studiengebühren seien sozialverträglich. Ganz im Gegenteil jedoch sind "sozialverträgliche Studiengebühren" ein Widerspruch in sich. Bildung darf keine Ware, sondern muss ein Grundrecht für alle Schülerinnen und Schüler, bzw. für alle Studentinnen und Studenten sein. Dieses Grundrecht wird uns durch Studiengebühren geraubt."

Die bevorstehenden Kosten in Höhe von bis zu 500 € pro Semester plus ein Verwaltungskostenbeitrag von 50 € werden viele Studierende vor gewaltige Hindernisse stellen: "Diejenigen Schülerinnen und Schüler, die keine Eltern mit goldener Kreditkarte haben, werden sich ohne Nebenjob ihr Studium nicht finanzieren können. Mit dieser Zukunft vor Augen werden Viele von vornherein gleich gar keine gymnasiale Laufbahn einschlagen. Und diejenigen, die sich für ein Studium mit Nebenjob entscheiden, werden unter dem zusätzlichen Zeit- und Energieaufwand für den Gelderwerb leiden. Das

schlägt sich auch auf die Qualität des Studiums nieder." Wer den Gebühren zumindest während des Studiums entkommen möchte - oder muss - hat die Möglichkeit, Bafög zu empfangen oder einen Kredit bei der Bank aufzunehmen und erst dann zurückzuzahlen, wenn man ein geregelteres und angemessenes Einkommen hat. "Diese Alternativen beseitigen zwar die finanziellen Nöte der Studentinnen und Studenten während des Studiums, dafür beginnen diese ihre berufliche Laufbahn mit einem Berg von Schulden. Diese Belastung wird viele Studierende dazu zwingen, sich eher nach einer Arbeit umzusehen, die ihnen einen hohen Lohn einbringt, als nach einer, in der sie besonders Wissen, Fähigkeiten und Interessen einbringen wollen und können. Es ist fragwürdig, ob so wirklich die Zukunft unserer Gesellschaft aussehen darf", so Stingl weiter.

"Außerdem ist zu beklagen, dass - genau wie die LandeschülerInnenvertretung - die Studierendenvertretung in Bayern noch immer nicht gesetzlich anerkannt ist. Vehemente Kritik der Studierendenvertretung zur Hochschulreform wurden vom Wissenschaftsminister ignoriert und sie erhielt keine Möglichkeit, ihre Ansichten über die gesetzlichen Entscheidungen einzubringen. In einem demokratischen Staat, dessen Regierung sich das Soziale auf die Fahne schreibt, darf es nicht bei solchen Zuständen bleiben: alle Bürgerinnen und Bürger müssen freien Zugang zu Bildung erhalten und ein Mitspracherecht in Entscheidungen, die sie betreffen", fordert Stingl abschließend.

Bei Rückfragen erreichen Sie Elena Stingl unter der Nummer 0179 / 616 33

94